



Am Mittwochmorgen präsentierten Gordon Schnieder (links) und Alexander Schweitzer die Ergebnisse der Sondierungsgespräche zwischen CDU und SPD.

Foto: Lukas Görlach

## CDU und SPD verhandeln Koalition

Im Sondierungspapier verständigen sich die beiden Parteien auf gemeinsame Leitlinien der künftigen Landesregierung. In einigen Punkten herrscht aber noch Uneinigkeit.

Von Annika Sinner

### MAINZ.

„Rheinland-Pfalz ist ein starkes Land“ – mit diesem Satz beginnt das Positionspapier, das CDU und SPD in den Sondierungsgesprächen gemeinsam erarbeitet haben. Details, erklärt der noch amtierende Ministerpräsident Alexander Schweitzer, der für die SPD die Verhandlungen führt, würden erst in den kommenden Koalitionsgesprächen diskutiert werden. Die Sondierungen sollen hierfür eine Grundlage bilden, einen „ersten gemeinsamen Blick aufs Land“ darstellen.

In vielen Dingen sind sich die beiden Parteien schon einig, man habe sich darum gekümmert, „Gleichheiten in den wichtigen Themen zu finden“, sagt der CDU-Vorsitzende und designierte Ministerpräsident Gordon Schnieder. „Zum Beispiel im Bereich der Gesundheit, die wir in allen Regionen als Daseinsvorsorge ansehen.“ Dazu gehören laut Sondierungspapier ein flächendeckender Rettungsdienst, eine wohnortnahe Krankenversorgung, beste Pflege auch in den eigenen vier Wänden, interdisziplinäre und sektorenübergreifende Versorgung, spezialisierte Zentren und ein Zusammendenken von Pflege und Krankenversorgung. Aber auch im Bereich der Bildung, der inneren Sicherheit, der geordneten Migration und Integration sowie der finanziellen Ausstattung der Kommunen habe man sich bereits auf gemeinsame Linien verständigen können.

### Wichtige Details fehlen noch

„Wir stehen für Gebührenfreiheit. Jedes Kind soll seine Chancen nutzen können. Im bestehenden gegliederten Bildungssystem ist es unser Ziel, die Leistungsfähigkeit, die Durchlässigkeit, das Aufstiegsversprechen und die Verlässlichkeit miteinander zu verbinden und für jedes Kind die beste Förderung zur Verfügung zu stellen“, heißt es im Sondierungspapier etwa zum Thema Bildung, das die CDU zu einem zentralen Punkt im Landtagswahlkampf gemacht hatte.

Wichtige Details zur Ausgestaltung, etwa zum CDU-Vorschlag eines verpflichtenden letzten Kita-Jahres, fehlen aber noch. Um diese, kündigt Schweitzer an, werde es in den kommenden Wochen in den Koalitionsverhandlungen gehen. „Das Sondierungspapier ist die Tür, durch die wir in die Koalitionsverhandlungen gehen.“ Es sei eben noch kein Koalitionsvertrag, dämpft er die Erwartungen. „Wir haben einige Themen noch nicht in einen Konsens gebracht oder noch gar nicht abschließend besprochen.“ Hierzu zählten beispielsweise die Verwaltungsmodernisierung oder der Umgang mit dem Klimawandel.

### Größere Differenzen beim Klimaschutz

Bei Letzterem dürfte es zu größeren Uneinigkeiten zwischen den beiden Parteien kommen. Die SPD hatte im vergangenen Jahr als Teil der Ampel-Koalition mit FDP und Grünen das umstrittene Klimaschutzgesetz verabschiedet, das eine rheinland-pfälzische Klimaneutralität bis 2040 vorsieht. Schnieder hingegen hatte im Wahlkampf angekündigt, das Gesetz wieder abschaffen zu wollen. Im Sondierungspapier ist der Themenkomplex Klimawandel nur mit einem kurzen Satz bedacht worden: „Wir treiben den Klimaschutz voran und achten zugleich auf wirtschaftliche Stärke und soziale Balance.“ Die gemeinsame Linie der künftigen Regierung im Koalitionsvertrag zu konkretisieren, sei „eine Aufgabe, vor der wir stehen“, erklärte Schweitzer.

Große Einigkeit herrsche hingegen im Hinblick auf die Herausforderungen, vor denen die künftige Landesregierung stehe, sagt Schweitzer – etwa wenn es um den Schutz der Demokratie gehe. „Hier stehen zwei Parteien – wenn auch nicht mehr mit den Wahlergebnissen der 80er- oder 90er-Jahre –, die aber in Rheinland-Pfalz dennoch von sich sagen können, Volksparteien zu sein.“ Dies sei auch ein Anspruch, den CDU und SPD an sich haben müssten. Die beiden Parteien bildeten mit ihren eigenen Traditionen eine Klammer, mit der man die Demokratie „erhalten, stärken und schützen“ wolle – und zwar gegen alle extremistischen Kräfte von rechts, links oder aus der religiösen Ecke.

### Am 18. Mai soll Schnieder Ministerpräsident werden

Einen genauen Zeitplan für die Verhandlungen könne man noch nicht absehen, so die beiden Verhandlungsführer. Im Rahmen der Koalitionsgespräche sollen Arbeitsgruppen zusammenkommen, in denen unter anderem die kommunalen Spitzenverbände einbezogen werden sollen. Innerhalb der SPD, sagt Schweitzer, habe man „alle Ebenen von der Kommune bis zur Bundesebene“ berücksichtigt. Eines sei jedoch sicher, kündigt Schnieder an: „Vor dem 18. Mai wird alles abgeschlossen sein.“ An diesem Tag soll Schnieder vom Landtag zum neuen Ministerpräsidenten gewählt werden.